

Wasserprivatisierung in Nicaragua: Der Fall HIDROGESA

Referat für den Internationalen Naturfreundetag in Ulm am 18. 10. 2003
Herbert Löhr

Eine andere Welt ist möglich! Dieser Titel drückt in fünf Worten die Kritik und die Auflehnung gegen den Zustand der heutigen Welt aus, die – um es mit den Worten des lateinamerikanischen Zeitkritikers Eduardo Galeano zu sagen – auf dem Kopf steht. Der Titel behauptet, dass jedoch eine andere Welt möglich ist und man – um bei Galeano zu bleiben – die Welt wieder auf die Füße stellen könne. Aber in Umkehrung der Überschrift ist angesichts der Realität zu fragen: Ist eine andere Welt tatsächlich möglich?

Diese Frage führt zwingend zu einer kurzen Betrachtung darüber, was die Welt in einen Zustand treibt, der von einer wachsenden Zahl von Menschen nicht nur mit Unbehagen, sondern als nicht mehr hinnehmbar empfunden wird.

Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema rückt in jüngster Zeit und mit zunehmender Aktualität der Begriff der Globalisierung in den Mittelpunkt der Wahrnehmung und Kritik. Nach vorherrschender Meinung wird dieser Begriff für den Prozess einer von den westlichen Industriestaaten unter Führung der USA politisch und wirtschaftlich gewollten Entwicklung hin zu einem weltumspannenden Markt verwendet. Zu einem Marktes, der weitestgehend von allen Hindernissen, die ein ungehemmtes Spiel der Marktkräfte behindern könnten, befreit ist.

Die Welt als ein einziger großer Markt, auf dem alles zur Ware wird! Wie weit hierbei die Vorstellungen reichen, zeigt die Umstand, dass auf der unlängst stattgefundenen Konferenz der Welthandelsorganisation WTO im mexikanischen Cancún u. a. auch über die völlige Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, die sich bisher noch in der Hand und Verantwortung von Staaten befinden, verhandelt werden sollte. Die Spanne dieser sog. GATS-Verhandlungen reichte von der öffentlichen Wasserversorgung über das Gesundheitswesen bis hin zum Bildungssektor.

Der Prozess der Globalisierung – der übrigens bei weitem kein ganz neues Phänomen ist – , dieser Prozess der Globalisierung hat nach dem Zusammenbruch des sog. "Ostblocks" Ende der 1980-er Jahre im wahrsten Sinne des Wortes eine grenzenlose und entfesselte Dynamik mit einer ungeheuren Veränderungskraft entfaltet, die nichts und niemanden unangetastet lässt.

Dabei läuft die Entwicklung nach den Regeln einer Ideologie ab, die Neoliberalismus genannt wird und die in ihren Kern-Thesen behauptet, dass nur ein von jedem staatlichen Einfluss befreiter Markt aus seiner ihm innewohnenden selbst regulierenden Dynamik heraus wirtschaftliches Gleichgewicht und Prosperität herstellen könne. Diesem freien Spiel der ökonomischen Kräfte sollen sich im Sinne der These alle gesellschaftlichen Bereiche anpassen oder unterordnen.

Spätestens hier muss die Frage erlaubt sein, was Demokratie unter dem Primat der Ökonomie noch wert ist. Im Endergebnis, so lautet die neoliberale Heilsbotschaft, wird der freie globale Markt zu wachsendem Wohlstand für die gesamte Menschheit führen. Dies suggeriert, dass daran jeder Mensch teilhaben könne, wenn er nur wolle. Dieses Heils-Versprechen ist von der Wirklichkeit aber mindestens so deutlich widerlegt, wie die auf das gleiche Endresultat weisende gescheiterte sowjetische Vision.

Seit Jahren sind in weiten Teilen der Welt der Irrtum – ja mehr noch: die Lüge – neoliberaler Politik mit ihren fatalen Folgen zu besichtigen. Die Konzentration wirtschaftlicher Macht in immer weniger privaten Händen, die Anhäufung großer privater Vermögen auf Kosten ganzer Völker bei einigen wenigen Akteuren des globalen Marktes und die damit einhergehende Verelendung und Marginalisierung eines immer größer werdenden Teiles der Menschheit zeigen, wer die Nutznießer der Globalisierung unter neoliberalem Vorzeichen sind.

Dies ist eine Welt, die in der Tat eine andere werden muss! Aber wie eingangs erwähnt muss man die Frage stellen: Ist eine andere Welt tatsächlich möglich?

Um der Beantwortung dieser Frage zumindest näher zu kommen, ist es nützlich, den Blick auf Lateinamerika zu richten, also auf einen Teil der Welt, der wie kein anderer in den letzten zwanzig Jahren als *das* Experimentierfeld neoliberaler Politik erhalten musste. Und obwohl dort, wie der Staatsbankrott Argentiniens zeigt, der Neoliberalismus seine Untauglichkeit für die gerechte, ausgewogene und nachhaltig humane Entwicklung einer Gesellschaft bewiesen hat, wird der Neoliberalismus in anderen Ländern Lateinamerikas weiterhin in seinen rigorosesten Formen praktiziert.

Nicaragua

Der nachfolgende konkrete Fall aus dem kleinen mittelamerikanischen Land Nicaragua mit seinen 5 Millionen Einwohnern demonstriert den Charakter dieser Politik, liefert aber auch ein Beispiel dafür, wie Menschen, die in den bekannt desaströsen Verhältnissen eines Entwicklungslandes leben, aus einer schwachen Position heraus erfolgreich Widerstand gegen ein Projekt neoliberaler Politik leisten, weil es ihre Lebensgrundlage bedroht und weil sie von *ihrer* Welt eine andere Vorstellung haben.

Der Fall HIDROGESA

Auf dem Gebiet der Stadt Jinotega im Norden Nicaraguas liegt der Stausee Apanas, der 1964 für den Betrieb eines Wasserkraftwerks angelegt worden ist. Etwa 50 km nördlich des Sees befindet sich an einem seiner großen Zuflüsse ein weiteres Wasserkraftwerk. Beide Anlagen sind unter dem Namen der seither staatlichen Betreibergesellschaft HIDROGESA bekannt und liefern fast 10 Prozent der gesamten elektrischen Energie des Landes.

In den zurückliegenden sechs Jahren wurden beide Kraftwerke mit einem Kostenaufwand von 14 Millionen US-Dollar modernisiert, um den Dauerbetrieb für mindestens 15 weitere Jahre sicherzustellen. Die Gelder für diese Maßnahme stammten überwiegend aus dem Entwicklungshilfeministerium der Schweiz, darüber hinaus zu kleineren Teilen von der Interamerikanischen Entwicklungsbank und dem nicaraguanischen Staat.

Im Rahmen der so genannten Strukturanpassungsmaßnahmen, die der Internationale Währungsfonds (IWF) dem hoch verschuldeten Land auferlegt hat, wurde schon 1999 die Privatisierung der beiden Kraftwerke gefordert. Dies war unter anderem auch eine *der* Bedingungen, die Nicaragua erfüllen musste, um mit dem Ziel eines Schuldenerlasses in den Kreis der hoch verschuldeten, armen Länder aufgenommen zu werden.

Die damalige Regierung des Präsidenten Alemán leitete den Privatisierungsprozess mit der Bildung eines Privatisierungsgremiums, das auf der Basis ministerieller Erlasse handelte, ein. Am Ende stand als Käufer das US-amerikanische Energieunternehmen Coastal Power fest, das zu einem Preis von 41 Millionen US-Dollar den Zuschlag bekam, verbunden mit dem Zugeständnis, diesen Preis erst innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren zahlen zu müssen. Nebenbei bemerkt: Der tatsächliche Wert von HIDROGESA beläuft sich nach zuverlässigen Angaben auf etwa 200 Millionen US-Dollar.

Dieser Vorgang macht deutlich, dass alleine zwei Faktoren den Verkauf der HIDROGESA verbieten sollten:

1. Ein staatliches Unternehmen zu verkaufen, das noch kurz davor mit größtenteils internationalen Hilfgeldern saniert worden war und
2. ein staatliches Unternehmen mit fast 160 Millionen US-Dollar unter Wert zu verschachern.

Der Fall HIDROGESA macht aber auch erneut die Unsinnigkeit der IWF-Politik deutlich, die ein hoch verschuldetes Land zwingt, ein gewinnbringendes Unternehmen zu verkaufen und damit eine Einnahmequelle aus der Hand zu geben. Die HIDROGESA hatte im Jahr 2002 einen Gewinn von rd. 4,5 Millionen US-Dollar erwartet.

Aber sehr viel schwerwiegender können die Folgen der Privatisierung für die betroffene Bevölkerung sein.

Im Gebiet des Apanas-Sees leben 30.000 Menschen, für die der See und seine zahlreichen Zuflüsse die Lebensgrundlage bilden. Flüsse und See liefern das notwendige Wasser für die landwirtschaftlichen Kulturen rund um den See, die Fischerei stellt eine wichtige Erwerbsquelle dar, der See ist Verkehrsweg und das Seebecken ist Teil des Trinkwassersystems der 50.000 Einwohner zählenden Stadt Jinotega.

Der seitherige Verkaufsvertrag stellt dies alles in Frage, denn Coastal Power hätte mit der HIDROGESA nicht nur die Kraftwerke, sondern auch die absolute Verfügungsgewalt über den See, seine sämtlichen Zuflüsse und Teile der ufernahen Ländereien erworben, das heißt, der Lebensraum und die Existenz von 30.000 Menschen wären an die Abhängigkeit eines bloß an Gewinnen orientierten ausländischen Unternehmens ausgeliefert worden.

Die Privatisierung bedeutet darüber hinaus auch die faktische Enteignung der indigenen Gemeinden, denn der gesamte See wurde bereits 1964 unter Missachtung der urkundlich verbürgten Eigentumsrechte auf dem Territorium dieser Gemeinden angelegt.

Eine andere schwerwiegende Tatsache verbietet schon für sich alleine mindestens den Verkauf des Sees und seiner Zuflüsse. Wegen seiner außergewöhnlichen biologischen Vielfalt wurde das gesamte Seebecken als wertvolles Feuchtgebiet dem internationalen RAMSAR-Abkommen unterstellt. Dieses internationale Abkommen zum weltweiten Schutz von Feuchtgebieten verbietet ausdrücklich eine Veräußerung des Gebietes, das den Rang eines Biosphärenreservats hat.

Der gesamte Privatisierungsprozess steht in dem beabsichtigten Umfang rechtlich auf schwachen Beinen, befindet er sich doch in vielen Punkten im eindeutigen Widerspruch zur nicaraguanischen Verfassung.

Dies war der wahrscheinliche Grund dafür, dass die seitherigen Verhandlungen lange unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden, denn erst Mitte des Jahres 2002 erfuhr die betroffene Bevölkerung von diesen Plänen. Diese Bevölkerung, die über Jahrzehnte hinweg eine ständige Missachtung ihrer Rechte und Bedürfnisse erlebt hatte, war dadurch misstrauisch geworden und mit einem kritischen Bewusstsein ausgestattet.

Sie erkannte sehr schnell die ganze Tragweite der Privatisierungspläne und fürchtete zu Recht um ihre Lebensgrundlage. In kurzer Zeit bildete sich eine beeindruckende Bürgerbewegung, in der neben den indigenen Gemeinden Vertreter der Stadt Jinotega, Lokalpolitiker, Vertreter der Bauernschaft, Vertreter der örtlichen Handelskammer, Gewerbetreibende und Gewerkschafter vertreten waren.

Eine wichtige Rolle in der Koordination der Bürgerbewegung hat der Projektpartner des Fördervereins StädtePartnerschaft Ulm-Jinotega, die nicaraguanische NGO "La Cuculmeca", übernommen.

Unter dem Motto "Wasser ist Leben" hat die Bewegung eine Petition an das Parlament und den Petitionsausschuss des Landes verfasst, mit der die Ablehnung der Pläne begründet wurde. Der Protest der betroffenen Bevölkerung war friedlich, sachlich und rechtlich exzellent begründet, publizistisch gut begleitet – und damit von der Politik nicht mehr zu ignorieren. Fünf Parlamentsabgeordnete brachten auf der Grundlage der Petition einen Gesetzesentwurf ein, der zum Ziel hatte, den Verkauf der HIDROGESA zu stoppen und alle schon in diesem Zusammenhang abgeschlossenen Verträge für Null und Nichtig zu erklären.

Mit Erfolg! In Nicaragua gelang eine politische Sensation, denn das Parlament stimmte der Gesetzesvorlage einmütig zu, annullierte alle Verträge und beschloss, ein spezielles Privatisierungsgesetz für den Fall HIDROGESA zu erarbeiten, das zumindest nach seiner politischen Absichtserklärung die Rechte und Belange der Bewohner des Apanas-Sees – vor allem bezüglich der Wasserrechte – berücksichtigen soll.

Das Gesetzesverfahren wird etwa ein Jahr in Anspruch nehmen, ein Zeitraum, den die Bürgerbewegung nutzen will, ihren Vorstellungen und Forderungen in diesem Gesetz Geltung zu verschaffen. Dies wird auch höchst notwendig sein, denn Ende 2002 hat der IWF bei Verhandlungen mit der nicaraguanischen Regierung über einen überlebenswichtigen Millionen-Kredit als eine der Bedingungen für die Gewährung erneut den Verkauf der HIDROGESA gefordert. Deshalb ist die Frage noch nicht endgültig entschieden, welche Vorstellung von Welt sich durchsetzen wird: die der 30.000 Menschen vom Apanas-See oder die des IWF.

Aber wie auch immer: Das Beispiel dieser Menschen ermutigt, die Folgen neoliberaler Politik nicht schicksalsergeben hinzunehmen.